



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

Kommunalkongress
21.11.2009
Mehr dazu auf Seite V

NOVEMBER 2009 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

im Landtag sind wir schon länger in der Opposition, jetzt auch im Bundestag. Das ist mehr als ärgerlich. Aber es bleibt uns nichts übrig, als diese Wählerentscheidungen anzunehmen. Sie sind uns Ansporn, in Hannover und Berlin die schwarz-gelben Regierungen mit klugen Alternativen vor uns herzuja-gen. Das Ziel: 2013 übernehmen wir wieder die Regierungen. Das kann uns gelingen, wenn wir uns unserer Politik und unserer Werte wieder bewusst werden. Landesvorstand und Bundesvorstand sind sich einig, dass wir unsere politischen Ideen mehr als bisher innerhalb der Partei und mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutieren und entwickeln müssen. Eines muss dabei klar sein: Der Lackmустest ist immer die Alltagspraxis. Das setzt voraus, dass wir unsere Schlagkraft als Volks- und Mitgliederpartei stärken und in der Gesellschaft verankert sind. Unser Wiederaufstieg fängt in den Städten und Gemeinden an, mit lebendigen Ortsvereinen und Unterbezirken. Auf uns alle wartet viel Arbeit. Aber sie lohnt sich – denn sie wird sich wieder in guten Wahlergebnissen auszahlen.

Euer
Garrelt Duin
Garrelt Duin
Landesvorsitzender

LINKS UND FREI

Die SPD muss eine neue Leitidee entwickeln und offensiv vertreten.

Von Garrelt Duin

Was machen wir falsch? Sieben von zehn Bürgern beklagen mangelnde Gerechtigkeit im Land. Warum haben diese Menschen uns am 27. September nicht gewählt – uns, die SPD, Synonym für soziale Gerechtigkeit? Wir müssen darauf eine Antwort finden. Offen und ohne uns selbst in die Taschen zu lügen. Aber so, dass wir uns hinterher noch in die Augen schauen können.

In unserem Selbstverständnis sind wir die linke Volkspartei. Aber mit 23 Prozent auf Dauer können wir uns von dem Begriff verabschieden. Das Wahldesaster lässt sich großenteils begründen. Manches gibt auch Rätsel auf. So sprechen wir im Wahlprogramm von Vollbeschäftigung – eine Botschaft und ein Ziel, für das man Menschen begeistern könnte. Doch die Wähler nehmen es nicht ernst – andererseits halten sie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für das dringendste Problem. Die Lösung trauen sie uns offensichtlich nicht zu.

Der Leitantrag des SPD-Parteivorstands zum Bundesparteitag legt den Finger in Wunden und nennt Gründe des Dilemmas:

Arbeitsmarktreflexionen und Rente mit 67; Abstiegsängste und Sorge vor Altersarmut; objektive Erfolge bei der Bekämpfung der Finanzkrise werden nicht der SPD zugeordnet; Milliardenhilfen für den Finanzmarkt gelten als ungerecht, weil dadurch gewachsene Schulden dem Volk aufgebürdet werden; unklare Machtperspektive der SPD vor der Wahl; häufige Wechsel an der Parteispitze und jahrelange innerparteiliche Machtkämpfe.

Der Vorstand zeigt eine Konsequenz auf: »Die SPD muss eine politische Leitidee entwickeln und vertreten.« Es geht um Mehrheitsfähigkeit und Meinungsführerschaft. Wir müssen uns bewusst werden, was heute links ist. Klar, die Werte stecken uns in Fleisch und Blut: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, sozialer Fortschritt, Demokratie, Internationalität und Frieden. Da stimmt jeder zu. Aber



Foto: Henning von Borstell

Worte reichen nicht. Wir müssen uns selbst prüfen, ob die Werte auch tägliche Praxis sind. Denn Links ist vor allem der ständige Schutz dieser Werte – die Fähigkeit, einen Schuttschirm über Lohn- und Gehaltsabhängige, Schwache und Habenichtse aufzuspannen. Viele Menschen sehen offenbar einen Widerspruch zwischen hehren Worten und Praxis bei der SPD. Sie bleiben deshalb bei Wahlen zu Hause oder wandern ab zu anderen Parteien – übrigens bedeutend mehr zu Grünen, CDU und FDP als zur Linken.

Die SPD wird in nächster Zeit mit vielen Menschen darüber reden, wie eine moderne, lebenswerte Gesellschaft aussehen soll. Dazu dienen zwei politische Initiativen: 1. Wie müssen eine soziale Gesellschaft und der Sozialstaat verfasst sein, in dem jeder das Gefühl haben kann, sicher zu leben und sein Leben durch eigene Anstrengung auch verbessern zu können? 2. Wie füllen wir Demokratie mit neuem Leben – nicht bloß als forma-

» Nach der verlorenen Bundestagswahl wollte ich mich einbringen. Ich glaube, die Gelegenheit, um innerhalb der SPD auch als einfaches Mitglied Einfluss zu nehmen, ist jetzt gerade sehr günstig. Ein Weiterso kann es ja nicht geben. Die ersten Sitzungen meines Ortsvereines bestätigen mich. Ich werde mich vor allem gegen die Studiengebühren in Niedersachsen stark machen. Es gibt nichts Unsozialeres, als Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängig zu machen. «

Carsten Gramms (25),
Student, Hannover;
Neumitglied

Fortsetzung auf Seite 2

» Links heißt: kollektiv handeln mit dem Ziel der individuellen Freiheit der Menschen.«

Garrett Duin

» Ich bin der festen Überzeugung, dass das Ergebnis Schwarz-Gelb nicht der wahre Wille des Wählers ist. Und mit meinem Beitritt zur SPD zeige ich auch meinen Freunden, Kollegen und Bekannten, dass das nicht die Richtung ist, die ich mir für eine Politik in Deutschland wünsche. Ich hoffe, dass noch viele Leute der SPD beitreten, damit ein klares Zeichen für eine andere, solidarische, politische Mehrheit in unserem Land gesetzt wird! «

Petra Mühring (39),
Lehrerin, Oldenburg;
Neumitglied



Frau Heiligenstadt,
Schulpolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion
Niedersachsen

Ab 13. November 2009 gilt es: Unterschriften sammeln für eine Bildung mit Zukunft.

Fortsetzung von Seite 1

le Staatsform, sondern als Lebensform der Freiheit?

»Links und frei« – so beschrieb Willy Brandt das alte linke Freiheitsversprechen. Links bedeutet für Sozialdemokraten nicht, im Kollektiv zu erstarren. Kollektiv handeln, ja, unbedingt. Aber mit dem Ziel auch individueller Freiheit des Menschen, der seine Gaben und Talente für sich und die Gesell-

schaft einsetzt. Entscheidend: Jeder bekommt die gleichen Startchancen. Schon sind wir beim Thema Bildung. Was aber oft vergessen oder beiseite geschoben wird: Voraussetzung dafür ist die angemessene Umverteilung von oben nach unten. Sozialer Aufstieg – ein uraltes sozialdemokratisches Ziel. Aber Pisa zeigt, dass Deutschland sich von diesem Ziel fortbewegt. Wir waren schon mal weiter. Wir werden wieder dorthin kommen. ■

AKTION SCHULOBST



Die SPD in Osnabrück findet sich nicht damit ab, dass die schwarz-gelbe Landesregierung das Schulobstprogramm der EU fallen lässt. »Das Nein der Landesregierung zum Schulobstprogramm ist bedauerlich. Die Schüler hätten den Umgang mit gesunden Lebensmitteln lernen können«, kritisiert Jens Martin, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) und der SPD Osnabrück. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der SchülerInnen-Jusos, Adrian Schäfer, verteilte er auf dem Jürgensort in Osnabrück am 28. Oktober 100 Äpfel an Schülerinnen und Schüler. ■

GUTE SCHULEN FÜR NIEDERSACHSEN

Landes-SPD unterstützt Volksbegehren.

Mit der Bildungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung unzufriedene Eltern haben ein Volksbegehren auf den Weg gebracht. Ab 13. November 2009 werden im ganzen Land Unterschriften für ein Gesetz gesammelt, das für die Gymnasien und die Gesamtschulen die Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren vorsieht. Außerdem soll die Fünffügigkeit bei der Errichtung neuer Gesamtschulen abgeschafft und durch eine Vierzügigkeit (im Ausnahmefall drei Züge) reduziert wird. Außerdem geht es in dem Volksbegehren darum, den Fortbestand der verbliebenen Vollen Halbtagschulen zu sichern. Nähere Informationen enthält der Unterschriftenbogen, der von der Homepage

(www.volksbegehren-schulen.de) heruntergeladen werden kann.

Vor den Unterschriftensammlern liegt viel Arbeit. So müssen innerhalb eines Jahres gut 600.000 Unterschriften gesammelt werden (10% der zum Landtag Wahlberechtigten). Das Präsidium der Landespartei hat am 16.10.2009 beschlossen, das Volksbegehren im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen und den Parteigliederungen ebenfalls eine Unterstützung nach ihren Möglichkeiten zu empfehlen. Die Mitglieder sind also aufgerufen, ebenfalls Unterschriften auf den offiziellen Unterschriftenbögen zu sammeln und Info-Stände etc. zu organisieren. ■

MITMACHEN ERWÜNSCHT!

SPD BLOG FÜR NIEDERSACHSEN

Die Niedersachsen-SPD analysiert die Wahlniederlage und diskutiert über die Zukunft der Partei im Internet.

Unter <http://weblog.spdnds.de/> sind seit Freischaltung am 26. Oktober schon viele Beiträge eingegangen. Ein Hinweis auf den großen Diskussionsbedarf. Hier Auszüge aus einigen Beiträgen:

Die Politik der letzten Jahre war kalt - der Sachzwang regierte - die Notwendigkeiten. und: Erst kam das Land - dann die Partei. Zudem kam alles von oben. Meinungsbildung fand nicht statt. Und wenn sie stattfand, störte sie die Kreise der Regierenden. Die Partei, die einfachen Mitglieder waren lästig. Nur wenn sich die Kultur, die Kultur der Partei ändert, fundamental ändert, wird sich die SPD erholen.

Toby Luh

Montag, 26. Oktober 2009 um 20:06 Uhr

Die Frage bleibt: Wie nah ist die SPD an den Bedürfnissen der Menschen - auch der ihrer (ehemaligen) Wählerinnen und Wähler? Die Antwort darauf kann und sollte nicht überhastet gegeben werden. Denn wer jetzt die Augen vor möglicherweise falsch gesetzten Schwerpunkten der eigenen Arbeit verschließt, hat die Chancen des beginnenden Erneuerungsprozesses im Schnellschussverfahren vergeben.

Christian Hoffmann

Dienstag, 27. Oktober 2009 um 10:09 Uhr

Wir haben mit dem »Hamburger Programm« eine gute Grundlage für die Veränderung und in Teilen auch Erneuerung unserer Politischen Ziele, diese Chance dürfen wir, bei allen Personaldebatten, nicht verspielen. Wir in den Ortsvereinen müssen es schaffen »unsere« Mitglieder sprachfähiger zu machen. Dazu gehört die Sicherheit mit »meiner« Meinung auch »oben« ernst genommen zu werden. Das Gefühl nur als Wahlhelfer und Plakatkleber gefragt zu sein muss aufhören.

Reinhard Riepschhoff

Dienstag, 27. Oktober 2009 um 14:30 Uhr

Ohne an der Stelle über große Inhalte zu diskutieren, wie kann es denn sein das die Union die erste Bundeskanzlerin stellt? Wo sind denn bitte die starken Frauen in der SPD? Als Frau würde mich das schon nachdenklich stimmen. Und wenn sich die FDP mittlerweile als soziale Familienpartei profiliert, zeigt das gnadenlos all unsere Versäumnisse! Jetzt haben wir 4 Jahre Zeit, um uns auf's Rückspiel 2013 bestens ein- und AUFzustellen! Also Kopf hoch und Ärmel hochkrepeln!!

Tut nichts zur Sache

Donnerstag, 29. Oktober 2009 um 13:44 Uhr

ZUMUTUNGEN AN UNS SELBST

Andrea Nahles und Sigmar Gabriel stellen dem Parteirat der niedersächsischen SPD ihre Überlegungen zur zukünftigen Arbeit der Partei vor.

Von Lothar Pollähne



Lauschten konzentriert: Garrelt Duin, Sigmar Gabriel, Andrea Nahles, Wolfgang Jüttner und SPD-Landesmeister Dieter Möhrmann (Auf dem Podium von links)

Foto: lopo

Nach den Mühen der Berge, warten laut Bertolt Brecht »die Mühen der Ebene«. Das gilt umso mehr, wenn neue Gipfel vor einem liegen. Sigmar Gabriel will auf dem Bundesparteitag der SPD in Dresden im November zum Parteivorsitzenden gewählt werden und befindet sich derzeit mit der designierten Generalsekretärin Andrea Nahles auf Vorstellungstour durch die Bundesländer, um seine Ideen über die Zukunft der Partei zur Diskussion zu stellen.

Den Anfang machte Sigmar Gabriel im heimischen Niedersachsen, wo er am 24. Oktober dem Parteirat der Landes-SPD Rede und Antwort stand und zunächst einmal den Zustand der Partei beleuchtete. Blut, Schweiß und Tränen sind zwar nicht angesagt, aber drei Dinge braucht die SPD dennoch: Zusammenarbeit, Zusammenarbeit und noch mal Zusammenarbeit. In der Vergangenheit hat die SPD nach Gabriels Einschätzung häufig den Eindruck vermittelt, sie sei viele unterschiedliche Parteien. Das hat vielleicht dazu beigetragen, dass die Partei vielen ehemaligen Wählerinnen und Wählern nicht mehr das Gefühl gegeben hat, sie seien mit ihren Gefühlen und Erfahrungen bei der SPD gut aufgehoben. Die Themen Rente mit 67 und Hartz IV haben obendrein erheblichen Vertrauensverlust in die soziale Kompetenz der SPD mit sich gebracht.

Die Menschen im Lande, so Sigmar Gabriel, »brauchen sichere Orte«. Das gilt auch für die Genossinnen und Genossen. Die Kommunalpolitik ist ein solcher Ort. »Die Erfahrungen, die dort gemacht werden, sind wesentlich für die Partei«, lautet Gabriels Erkenntnis. Das ist eine der Ebenen, die jede Mühe lohnt. Aus diesem Grund wird der neue Parteivorstand eine »ständige Konferenz der Kommunalpolitiker« einrichten. Mit den kommunalen Impulsen kann die SPD wieder zur Volkspartei werden, die das Volk in der Partei vereinigt mit allen Schichten und Herkunftsorten. Dazu gehört aber auch, »unsere Kunden zu befragen, damit das Unternehmen besser wird«. In wichtigen Fragen soll es in diesem Sinne nach Gabriels Ansicht Urabstimmungen geben.

Zur Optimierung des »Unternehmens SPD« gehört ein »Programm für die Opposition«. Es reicht den Menschen im Lande nicht, wenn die SPD nur moniert, was die Anderen falsch machen. Eine »Regierung im Wartestand« wird ebenso wenig geschätzt, wie eine Partei, die keine echte Machtperspektive aufzeigt. Die SPD muss sich neu definieren, allerdings nicht in Abgrenzung zu anderen Gruppierungen. Das ist nicht charmant. Die SPD hat dabei den Vorteil, dass sie keine Klientelpartei ist. In der jüngsten Vergangenheit hat sie jedoch das Prinzip der sozialen Empathie vernachlässigt.

»Von Hartmut von Hentig habe ich gelernt, dass es zunächst darum gehen muss, die Menschen zu stärken und dann die Sachen zu klären«, erklärte der Pädagoge Gabriel den Mitgliedern des Parteirates.

Auch Andrea Nahles plädierte für Schonungslosigkeit und »Zumutungen an uns selbst«. Im Wahlkampf hätte sie häufig zu hören bekommen: »Ihr habt Euer Herz verloren«. Ihre Erkenntnis: »Man identifiziert sich nicht mit Herzlosen, die mit einer oberlehrerhaften Froschrhetorik daher kommen«. Unsere Sprache, so Nahles Forderung, muss rückübersetzt werden, damit sie für die Menschen wieder verständlich wird. Für die designierte Generalsekretärin steht die Stärkung der Organisation SPD an erster Stelle ihres Arbeitsprogramms. Dazu gehört die Zusammenlegung von Ortsvereinen ebenso, wie die Verbesserung der internen Kommunikationsstrukturen. Die SPD soll zwar nicht zur Online-Partei werden, aber »wir müssen Angebote für Menschen vorhalten, die nicht jeden Abend Sitzung machen wollen«, so Andrea Nahles.

Über 30 Genossinnen und Genossen nutzten die Vorschläge von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles zu ausgiebiger Diskussion. Allen gemeinsam war dabei die Erkenntnis, dass die Partei in ihrer Eigenständigkeit wieder an Profil gewinnen muss. Das beginnt mit der Feststellung, dass eine noch so gute Fraktion, egal auf welcher Ebene, nicht die Partei ersetzen kann. Ein Forderung in diesem Zusammenhang: »Mandats-träger müssen wieder Parteiarbeiter werden«. Wenn die SPD, so eine andere Forderung, wieder die Befindlichkeiten in der Bevölkerung aufnehmen will, muss sie unbedingt auch die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen einbeziehen. Das bedingt, dass sich Genossinnen und Genossen wieder vermehrt in die Arbeit von Vereinen und Verbänden einmischen.

In diesem Sinne ist auch Gabriele Lösekrug-Möllers dialektische Schlusseinschätzung zu verstehen. »Wir müssen die Aufmerksamkeit wieder den Menschen zuwenden. Wir haben für viele Probleme prima Lösungen, aber die Menschen haben andere Probleme.« ■



Lothar Pollähne

» Obwohl ich von zwei guten Freunden schon vor einiger Zeit zu einem Engagement in der SPD aufgefordert wurde, war es eigentlich der Wahlsonntag, der den Ausschlag gab. Jetzt musst Du mithelfen, dass die SPD sich von innen erneuert und sich auf die wichtigen Werte der Sozialdemokratie besinnt! Ja, dass will ich mit meinem Eintritt bewirken und dabei mithelfen! ◀◀

Anette Schlimm (29), wiss. Mitarbeiterin, Oldenburg; Neumitglied



Lars Wegener, Büroleiter der Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion

» Wir müssen uns mehr kümmern.«
Holger Ortel

TONANGEBEND IN BERLIN

Die Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion wählt neuen Vorstand.

Von Lars Wegener

Die Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl wirkt sich schonungslos auf Niedersachsen aus. Ein Drittel der Wahlkreise ist verloren. In der 17. Wahlperiode bilden nur noch 19 Abgeordnete die Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion – zuvor waren es 27. Unbestrittene Fachleute haben den Wiedereinzug nicht geschafft. Unter ihnen der »Vater« der Patientenverfügung Joachim Stünker und die langjährige niedersächsische Umweltministerin und Medienexpertin Monika Griefahn.

»Wir müssen uns mehr kümmern«, sagt der einstimmig im Amt bestätigte Vorsitzende der Landesgruppe Holger Ortel. Die Landesgruppe werde »nach regionalen und fachpolitischen Gesichtspunkten überall vor Ort sein«, so der Delmenhorster. Als weitere Mitglieder wurden in den Vorstand der Landesgruppe Gabriele Lösekrug-Möller (Hameln), Carola Reimann (Braunschweig) und Lars Klingbeil (Munster) gewählt. Der Bremer Carsten Sieling vertritt im Vorstand die Interessen der Hansestadt.

Da Posten kein Selbstzweck erfüllen, sondern elementar für den parlamentarischen Betrieb sind, haben bereits Thomas Oppermann als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer und Hubertus Heil als stellvertretender Fraktionsvor-



Landesgruppenvorstand mit Gast: Holger Ortel, Carola Reimann, Lars Klingbeil, Gabriele Lösekrug-Möller und Carsten Sieling

Foto: Wegener

sitzender ihre Ämter angenommen. Die volle Unterstützung der Landesgruppe erhält Sigmar Gabriel für seine Kandidatur als Parteivorsitzender.

Die schwarz-gelben Vorhaben werden als Verstoß gegen das bewährte Prinzip der Solidarität kommentiert. Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Carola Reimann prognostiziert »harte Zeiten« durch die Einführung der Kopfpauschale. Gabriele Lösekrug-Möller

warnet vor hohen Belastungen für Niedersachsens Kommunen durch Steuerenkungen und Gleichstellung kommunaler mit privaten Unternehmen. »Städte und Bürger verlieren«, kommentiert die Hamelnerin den Koalitionsvertrag.

Die Landesgruppe wird für eine starke und entschlossene parlamentarische Kontrolle sorgen. Gut, dass die SPD Niedersachsen mit tonangebendem Personal in Berlin vertreten ist. ■



Sören Klose, Niedersächsischer Juso-Landesvorsitzender

» SPD erneuern.«
Sören Klose

»NEUE ENERGIE FÜR EINE NEUE ZEIT«



Unter diesem Motto hielten die niedersächsischen JungsozialistInnen am vergangenen Samstag ihre ordentliche Landeskonferenz in Uelzen ab. Mit diesem Tagungsort und der Nähe zu Gorleben sollte symbolisch ein Zeichen für den Protest der Jusos gegen die Kernenergie und den schwarz-gelben »Ausstieg aus dem Ausstieg« der Atomenergie gesetzt werden.

Bereits am Vorabend der Landeskonferenz hatten die Jusos zu einem Kamingespräch mit dem Landrat des Kreises Lüchow-Dannenberg Jürgen Schulz geladen, um sich über die Probleme der BürgerInnen und die Situation vor Ort zu informieren.

Zu ihrer Konferenz begrüßt wurden die TeilnehmerInnen in der Kulturhal-

le der Theodor-Heuss-Realschule durch die Juso-Unterbezirksvorsitzende Johanna Klingbeil, den Uelzener Bürgermeister Otto Lukat und den frisch gewählten Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil.

Ihrem Leitthema folgend debattierten die Delegierten über die Zukunftsfragen Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit und richteten einstimmig ihre Programmatik verstärkt auf Erneuerbare Energien aus. Da sich die Jusos im Rahmen ihrer Doppelstrategie auch weiterhin als progressiven Teil der sozialen Bewegungen, gerade der Anti-AKW-Bewegung, sehen, wollen sie auch die SPD wieder vermehrt in die Bündnisse mit anderen linken Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen, den Organisationen der »sozialdemokratischen Familie« und vor allen den Gewerkschaften drängen.

Auch auf anderen Politikfeldern machten die Jusos ihre Positionen deutlich. So forderten sie unter anderem die Demokratisierung aller Lebensbereiche,

die Abkehr vom Prinzip »Kinder-für-die-Wirtschaft« in der Bildungspolitik, eine Einkommensunabhängige Grundrente ab dem 65. Lebensjahr und die Zerschlagung von Frontex.

Im Rahmen des internen Erneuerungsprozesses diskutierte der Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein Ralf Stegner mit den Jusos ausführlich über den zukünftigen Weg der Partei und stieß mit seiner offenen Kritik an der überkommenen Basta-Politik der letzten Jahre auf große Zustimmung! Diese zeigte sich auch in der Debatte um den Antrag »SPD erneuern!«, in dem die Jusos eine inhaltliche, strategische, personelle und organisatorische Neuaufstellung ihrer Mutterpartei fordern.

Für die vom Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden zurückgetretenen Anja Meiners wurde Britta Hasslöver in den Landesvorstand gewählt und wird sich in Zukunft vermehrt um die Wirtschaftspolitische Schlagkraft des Landesverbandes kümmern. ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de



Kommunalkongress

21.11.2009 Hannover Congress Centrum (HCC)



Die Menschen gewinnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Starke Kommunen – starkes Land! Im Mittelpunkt unseres ersten Kommunalkongresses steht die Frage, wie wir in den Gemeinden, Städten und Landkreisen die besten Rahmenbedingungen für ein gutes, sicheres und demokratisches Leben garantieren und ausbauen können. Unser gemeinsames Ziel ist eine gute Politik für die Menschen vor Ort. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger teilhaben an den Chancen und den Herausforderungen in unseren Städten und Gemeinden. Wie gestalten wir eine gute Bildungspolitik für unsere Kinder? Welche Erwartungen haben wir an die kommunale Selbstverwaltung? Wie organisieren wir eine leistungsfähige und effiziente öffentliche Daseinsvorsorge?

Der Kommunalkongress ist Auftakt für Erfahrungsaustausch, eine breite Diskussion über die besten Konzepte und den gemeinsamen Auftrag, das Beste für die Menschen in Niedersachsen zu erreichen. Wir freuen uns auf eine lebendige Diskussion!

Garrelt Duin
Vorsitzender der SPD Niedersachsen

Michael Rüter
Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen

PROGRAMM

- 11.00 Uhr **ERÖFFNUNG**
Garrelt Duin
MdB, SPD-Landesvorsitzender
- BEGRÜSSUNG**
Stephan Weil
Oberbürgermeister der Stadt Hannover
- STARKE KOMMUNEN, STARKES LAND!**
Christian Ude
Oberbürgermeister der Stadt München
- Sigmar Gabriel**, MdB
- 12.15 Uhr **MITTAGSPAUSE**
- 13.00 Uhr **FOREN**
- 14.30 Uhr **TALKRUNDE**
Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen
Franz Einhaus, SGK-Landesvorsitzender
Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover
Johanne Modder, MdL, stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion
- Moderation: **Dr. Ludger Vielemeier**
- 15.30 Uhr **SCHLUSSWORT**
Garrelt Duin

FOREN

- FORUM 1 INFRASTRUKTUR UND ENERGIEVERSORGUNG – ANFORDERUNGEN AN DIE KOMMUNALE DASEINSVORSORGE**
Astrid Eltner, Bürgermeisterin der Stadt Vienenburg
Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen
Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover
Ulrich Watermann, MdL (Moderation)
- FORUM 2 STADT GESTALTEN STATT VERWALTEN – ERWARTUNGEN AN DIE KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG**
Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg
Johanne Modder, MdL, stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion
Gunnar Wegener, Vorsitzender SPD-Stadtratsfraktion Cuxhaven
Silvia Nieber, Bürgermeisterin der Stadt Bad Münder (Moderation)
- FORUM 3 INTEGRATIONSPOLITIK IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT – CHANCEN UND TEILHABE IN UNSEREN STÄDTEN UND GEMEINDEN**
Rocco Artale, Vorsitzender Ausländerbeirat Stadt Wolfsburg
Andreas Rieckhof, Bürgermeister der Hansestadt Stade
Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover
Sigrid Leuschner, MdL (Moderation)
- FORUM 4 BILDUNG FINDET STADT – PERSPEKTIVEN FÜR DIE KOMMUNALE BILDUNGSPOLITIK**
Franz Einhaus, Landrat Landkreis Peine
Frauke Heiligenstadt, MdL, Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
Bernhard Reuter, Landrat Landkreis Osterode
Daniela Behrens, MdL, stv. Landesvorsitzende (Moderation)

Anmeldungen unter: www.spdlink.de/kongress



Bernd Lange, MdEP

» Sozialdemokratische Positionen stärker einfließen lassen. «

Bernd Lange

QUO VADIS EUROPA?

Der Lissabon-Vertrag bietet die Chance für eine zukunftsgerechte europäische Politik.

Von Bernd Lange, MdEP

Der Lichtblick zuerst: Es fehlt nur noch eine Unterschrift, dann kann der sogenannte Lissabon-Vertrag in Kraft treten. 26 der 27 Mitgliedsländer der EU haben bereits zugestimmt. Der neue Grundlagenvvertrag ist ein jahrelang ausgehandelter Kompromiss, der der Erweiterung der EU Rechnung trägt und die Handlungsfähigkeit der EU stärkt. Und vor allem, das Europäische Parlament, die

Aber der politische Kurs in Europa führt in die falsche Richtung. Die konservativen Mehrheiten im EP haben mit José Manuel Barroso erneut einen Mann ins Amt des Kommissionspräsidenten befördert, der keine Schritte für die Stärkung der sozialen Rechte und gegen Lohndumping unternimmt. Für den sozialen Zusammenhalt in der EU und für die Akzeptanz unseres europäischen Projektes ist dies

für einen falschen Kurs in der Zukunft. So sollen ihrer Meinung nach selbstständige Berufskraftfahrer von den Lenk- und Ruhezeiten ausgenommen werden. Entscheidungen wie diese führen zu einer Zunahme von Scheinselbstständigkeit, zu mehr Druck und zu mehr übermüdeten Fahrern auf Europas Straßen.

In der vergangenen Plenarwoche scheiterte eine Resolution gegen die mangelnde Pressefreiheit in Italien, da es der konservativen Europäischen Volkspartei gelang, genügend Unterstützung für Berlusconi zu mobilisieren. Auch die CDU/CSU-Abgeordnete machten sich mit Berlusconi gemein und traten nicht offensiv für Pressefreiheit ein.

Auch die Ernennung des glücklosen Ministerpräsidenten Günther Oettingers als neuen deutschen Kommissar geht in die falsche Richtung. Heute ist es geradezu absurd, ohne Rücksicht auf Parteitaktik einen stramm wirtschaftsliberalen Kurs in der EU einschlagen zu wollen, wie Oettinger es schon in der Frage des VW-Gesetzes getan hat.

Wir lassen nicht nach, eine umfassende Debatte darüber zu führen, in welche Richtung die EU sich entwickeln soll. Mit dem Lissabon-Vertrag gibt es die Chance, zukunftsgerechte Politik zu entwickeln. Ansatzpunkte werden sich im Frühjahr bei der Neuausrichtung der EU-Politik für Wachstum und Beschäftigung in den nächsten zehn Jahren ergeben. Die Ratspräsidentschaft hat dann Spanien inne, wo ja die PSOE 43,66% die Regierung stellt. Unser Genosse José Zapatero ist hier ein starker Bündnispartner. Gemeinsam nehmen wir die Debatte auf, um eine sozialdemokratische Position stärker einfließen zu lassen. ■



Europas gute Stube: Der Plenarsaal des EU-Parlaments in Straßburg

Foto: Lopo

demokratisch gewählte Vertretung aller Menschen in der Europäischen Union, wird deutlich stärker. Zurzeit stehen die Chancen gut, dass Tschechiens Präsident Vaclav Klaus seine Blockadehaltung aufgibt und die 27ste und letzte Unterschrift leistet. Das ist gut für Europa.

aber unabdingbar. Gerade in der aktuellen Krise muss der Kurs neu bestimmt werden, marktradikale Rezepte verschärfen und tragen nicht zur Bewältigung bei. Wir müssen den Wandel gestalten.

Doch weitere skandalöse Entscheidungen der Konservativen in den vergangenen Wochen geben ein Wetterleuchten

HERZLICH WILLKOMMEN!

Wir haben die Bundestagswahl verloren, Deutschland befindet sich auf einem anderen Weg, der zwar im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben Bundesregierung nicht genau beschrieben ist, aber alle Vermutungen, dass es Wenigen besser gehen wird, und wir alle dafür die Zeche zu zahlen haben werden, ist leider begründet.

Wohin die schwarz-gelbe Regierung unser Land drehen wird, ist unklar, aber etwas anderes für unsere Partei Wichtigeres dreht sich gerade doch: In den Wochen seit der Bundestagswahl sind über das Internet gut 3000 Mitglieder bundesweit in die SPD eingetreten. Für die Unterbezirke und Ortsvereine der SPD Niedersachsen können wir über 550 neue Genossinnen und Genossen begrüßen, sie sind »online« und »offline« eingetre-

ten. Der Weg des Eintritts ist nicht das Wesentliche, zumal aus Untersuchungen bekannt ist, dass SPD Mitglieder die Online-Eintreten die gleichen Ansprüche, Wünsche und Erwartungen haben, wie Mitglieder die den »klassischen« Weg über eine Versammlung oder das Sommerfest der SPD gefunden haben. Alle (Neu)mitglieder wollen die Gesellschaft gestalten, die Politik in und mit der SPD gemeinsam entwickeln und umsetzen, und vor allem: Alle Mitglieder haben zu Recht den Anspruch direkt und ohne lange Wartezeiten in unserer Partei anzukommen und mitzugestalten. Ich möchte alle Funktionäre, Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich dazu einladen, helfe mit und sorgt dafür, dass die Wünsche unserer neuen Mitstreiter Wirklichkeit werden. **Herzlich willkommen!** ■



Michael Rüter,
Geschäftsführer SPD-Landesverband Niedersachsen

» Alle (Neu)Mitglieder wollen die Gesellschaft gestalten. «

Michael Rüter

TERMIN

ORDENTLICHER BEZIRKSPARTEITAG BRAUNSCHWEIG

4. Dezember 18.30 Uhr,
Stadthalle Braunschweig

Mehr dazu unter www.bernd-lange.de oder im Newsletter »Europa-Info« www.bernd-lange.de/meta/newsletter.php

VORWÄRTS KULTURGUT

UNBEQUEM, ABER SOLIDARISCH

Am 4. November 1946 schrieb sich Peter von Oertzen morgens in die Matrikel der Universität Göttingen ein. Am Nachmittag des selben Tages wurde er Mitglied der SPD und am Abend eben jenen Tages nahm er an der ersten Sitzung des SDS teil. Vier Wochen später war er Sprecher des Göttinger SDS, wenige Monate später bereits Kontrahent von Helmut Schmidt. Beide, im Krieg geläutert, sollten sich hinfort, kritisch und solidarisch über grundlegende sozialdemokratische Positionen auseinandersetzen.

Am 2. September 2009 wäre Peter von Oertzen 85 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass fand am 4. September in Hannover eine Tagung statt, die das sozialdemokratische Anliegen Peter von Oertzens zum Thema hatte: Die emanzipatorisch, antistalinistische Grundmelodie, die viele Jahre lang prägend sein sollte für viele Sozis. Peter von Oertzen war ein oftmals unbequemer Ratgeber und ein kritischer, aber immer solidarischer

Wegbegleiter, so die Einschätzung von Wolfgang Jüttner zu Beginn jener Tagung, deren Beiträge jetzt in einem vorwärts-Buch zusammengefasst worden sind.

Sechs Autorinnen und Autoren beleuchten Peter von Oertzens prägenden Einfluss auf die niedersächsische Politik, seine bildungspolitische Impulsgebung, die aktueller kaum sein könnte und seine manchmal bis an die Grenze des Erträglichen gehende Beharrlichkeit, die mitunter recht schroff sein konnte. Theodor W. Adorno hielt ihn 1954 für so stur und arrogant, dass an seiner Statt Jürgen Habermas Assistent in Frankfurt wurde. Welch ein Glücksfall für die niedersächsische SPD, die Peter von Oertzen fast 60 Jahre lang prägte, bis er altersradikal und müde adé sagte, ohne jemals wirklich Abschied von der Sozialdemokratie als vorwärtsweisender Idee genommen zu haben. ■ lopo



Peter von Oertzen

Foto: lopo

»Politik für die Sozialdemokratie«, Erinnerungen an Peter von Oertzen, herausgegeben von Wolfgang Jüttner, Gabriele Andretta und Stefan Schostok, vorwärts-Verlag, Berlin, 2009, 87 S., Subskriptionspreis bis Ende November 2009: 8,00 Euro, danach 9,95 Euro

VORWÄRTS
RÄTSEL

Seine erste Liebe heißt Elli. Glücklicherweise wird er mit ihr nicht. Hans Gustav wird geschlagen und gehänselt. »Nasenkönig« nennt ihn der Kapitän des Segelschiffs Elli, auf dem Hans Gustav als Schiffsjunge die sieben Weltmeere bereist. In Belize reißt er aus, verirrt sich im Urwald, wird wieder eingefangen und weiter gepeinigt. In London heuert er schließlich ab. Die Seefahrt allerdings lässt ihn nicht los. Er verdingt sich zur kaiserlichen Kriegsmarine, wird aber wegen Sehschwäche alsbald entlassen. Seine maritimen Erlebnisse wird er 1910 im »Schiffsjungen-Tagebuch« zusammenfassen. Als Schausteller und Fremdenführer versucht er mehr schlecht als recht auf den Beinen zu bleiben. 1909 geht Hans Gustav nach München und landet, kauzig wie er ist, im Literatenkabarett Simplissimus. Dort Hausdichter zu sein reicht ihm nicht. Er eröffnet das »Tabackhaus: Zum Hausdichter«, dessen Schaufenster er mit einem zwischen Zigarrenkisten drapierten Skelettschmückt. Sein Angebot an die Laufkundschaft: »Damen und Herren werden auf Wunsch gegen Bezahlung angedichtet«. Wieder erleidet er Schiffbruch. Die folgenden Jahre übersteht er als Hausbibliothekar der Herren von York und von Münchhausen. Im ersten Weltkrieg zieht es ihn abermals auf's Wasser, aber Kaisers Marine versetzt ihn nach kurzer Zeit an Land. Nach dem Krieg, nunmehr unter dem Namen, der ihn unvergänglich machen soll, erweckt er Kuttel Daddeldu zum Leben, eine Kunstfigur, die sich aus seinen Erfahrungen speist. ■ lopo

Wer wars? Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16 30159 Hannover »Und auf einmal steht es neben dir.«

Der Revolutionär aus dem Oktober-Rätsel war Georges Jacques Danton. Gewonnen hat Otto Drewes aus Hannover.

TARNEN, TRICKSEN, TÄUSCHEN

Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb ist kein Zukunftsentwurf für Deutschland.

Von Thomas Oppermann



Thomas Oppermann,
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Bundestagsfraktion.

Die negativen Folgen dieser Politik werden wir auch Niedersachsen zu spüren bekommen. Denn die geplanten Steuererleichterungen werden vor allem die Länder und Kommunen treffen. Für Niedersachsen ist nach den schwarz-gelben Plänen mit rund 1,5 Milliarden Euro Mindereinnahmen im Jahr zu rechnen. Das sind mehr als 100.000 Studienplätze, 200.000 Kita-Plätze oder 500 Schulen, die Niedersachsen dann nicht mehr finanzieren kann. Das ist unsozial und unverantwortlich. Schwarz-Gelb ist auf dem Weg zu einer Koalition der sozialen Spaltung.

Angela Merkel hat im Wahlkampf die politischen Auseinandersetzung über ihre Ziele verweigert. Diese Linie setzt sich nun im Koalitionsvertrag fort. Im Rekordtempo verhandelt, lassen die 128 Seiten des Koalitionsvertrages vor allem viele Fragen offen. Die Koalition sagt an vielen Stellen nicht, was sie will. Über 80 Prüfaufträge und mehr als 10 Kommissionen und Arbeitsgruppen zeigen vor allem: Möglichst viel soll möglichst lange unklar bleiben. Dafür gibt es einen Grund: Die Landtagswahl in NRW. Verliert Schwarz-Gelb am 9. Mai des kommenden Jahres diese Wahl, geht auch die knappe Mehrheit im Bundesrat verloren.

Keine Einschnitte vor dem Sommer 2010 lautet daher die Devise. Dabei wird schon jetzt in großen Linien erkennbar, wie Schwarz-Gelb den Einstieg in die Entsolidarisierung plant:

- **Steuern und Abgaben:** Die geplanten Steuersenkungen begünstigen vor allem hohe und sehr hohe Einkommen. Sie werden mit Steuergeschenken bedient. Wer wenige oder gar keine Steuern zahlt, geht leer aus. Zugleich trifft die Menschen mit geringen Einkommen die absehbare Erhöhung von Abgaben und Gebühren mit großer Härte. Für Millionen Menschen bringt Schwarz-Gelb weniger netto.
- **Gesundheit:** Mit Schwarz-Gelb kommt der Einstieg in die Kopfpau-

schale im Gesundheitssystem. Der Arbeitgeberbeitrag wird eingefroren, die paritätische Finanzierung wird schleichend aufgegeben. Gesundheitsversorgung wird für 70 Millionen gesetzlich Versicherte teurer.

- **Arbeit und Löhne:** Der gesamte Bereich schlechter Löhne und prekärer Arbeit ist die große Leerstelle dieser Koalition. Wer aber von den Löhnen nicht reden will, der soll auch von Leistung schweigen. Leistungsgerechtigkeit verlangt Lohn-gerechtigkeit. Hier aber will Angela Merkel bestehende Mindestlohnregelungen erneut »prüfen«. Der gesetzliche Mindestlohn wird kompromisslos abgelehnt.
- **Bildung:** Durch den Einstieg in die private Bildungsfinanzierung (Prämien für Bildungssparen, Leistungsstipendien für 10% der Studierenden) nimmt Angela Merkel Abschied von dem Leitbild gebührenfreier Bildung. Begünstigt werden auch hier die Kinder der Besserverdiener. Mit dem »Betreuungsgeld« wird außerdem eine fatale Fehlentscheidung getroffen, die wir besonders in den großen Städten zu spüren bekommen: Der Schwerpunkt für frühe Förderung in guten Kitas und Kindergärten geht verloren, die Integration von Kindern aus Einwandererfamilien wird schwieriger. ■

vorwärts

PERSONALABTEILUNG

Dank und Anerkennung gab es von allen Seiten, als Wolfgang Jüttner nach 18 Jahren am 31. Oktober den Vorsitz des SPD-Bezirks Hannover in jüngere Hände übergab. Hannovers OB Stephan Weil etwa pries das »beachtliche Lebenswerk, auf das Jüttner und die Partei stolz sein können«. Neu in der Reihe der prominenten Bezirksvorsitzenden ist Stefan Schostok, der bislang die Geschäfte des SPD-Bezirks Hannover führte. Zu seinen Vorgängern zählten neben Wolfgang Jüttner Kurt Schumacher, Peter von Oertzen und Gerhard Schröder. »Ganz schön große Fußstapfen, in die ich da hineintrete«, kommentierte der neue Vorsitzende seine Aufgabe. Stefan Schostok steht für eine offene, aktive und offensive Mitgliederpartei SPD, deren Ziel es auch in Zukunft sein muss, Macht auszuüben. Eine Voraussetzung: Die Entwicklung einer niedersächsischen SPD-Sprache, die allgemeinverständlich ist. »Ich möchte Teil des neuen Zukunftskonzeptes sein«, erklärte Schostok zum Schluss seiner Vorstellung und erhielt dafür das Vertrauen von 96% der Delegierten. ■ eb.



Drei Vorsitzende: Wolfgang Jüttner, Stefan Schostok und Garrelt Duin. Foto: lopo